

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Andreas Krahl

Abg. Barbara Becker

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ulrich Singer

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Susann Enders

Abg. Ruth Waldmann

Staatssekretär Klaus Holetschek

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sicher durch die Weihnachtstage: stationäre Einrichtungen der Pflege und für Menschen mit Behinderung unterstützen (Drs. 18/11692)

Der nächste Redner steht schon am Rednerpult: Kollege Andreas Krahl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Weihnachten ist keine Jahreszeit, und Weihnachten sind keine Tage im Jahr, sondern Weihnachten – ich glaube, das wissen wir alle – ist ein Gefühl. Weihnachten ist ein Gefühl der Geborgenheit, der Zugehörigkeit, und Weihnachten ist auch ein Gefühl, das man erst dann richtig fühlt, wenn man im Kreise seiner Familie und seiner Lieben ist.

Meine Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ja, Weihnachten ist wichtig für Familien, wichtig für alle Familien, auch für die Familien, deren Eltern vielleicht nicht mehr rüstig sind, deren Kinder vielleicht eine Behinderung haben und deren Angehörige vielleicht einen Pflegebedarf haben. All diese Menschen müssen wir das ganze Jahr über, aber gerade jetzt in der Vorweihnachtszeit und in der Adventszeit ganz besonders im Blick haben. Auch und gerade diese Menschen, deren Zuhause eine Pflegeeinrichtung oder eine Wohngruppe ist, wollen dieses Weihnachtsgedühl erleben und Weihnachten selbstbestimmt und im Kreis der engsten An- und Zugehörigen verbringen. Gerade diese Menschen brauchen jetzt unser aller vollste Unterstützung und unseren besten Schutz.

Weil wir alle verantwortlich für den besten Schutz dieser Menschen sind, glaube ich, ist es selbstverständlich, dass wir all diesen Betroffenen kostenlose, das heißt auf Kosten des Freistaats Bayern erfolgende Antigen-Schnelltests zur Verfügung stellen müssen. Damit wir in Zukunft verhindern, dass in den Pflegeheimen Corona-Hotspots

entstehen, müssen wir auch verhindern, dass das Virus über die Schwelle in ein Heim hineinkommt. Deshalb brauchen wir nicht nur Antigen-Schnelltests für die Bewohner und Bewohnerinnen, sondern auch für die Besucher und Besucherinnen und für die pflegenden Angehörigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist völlig klar: Das kostet nicht nur Geld – ja, es kostet auch Geld; der Freistaat soll das auch übernehmen –, sondern diese Testung kostet vor allem auch Zeit. Ich bin ehrlich: Wir GRÜNE sehen bei beidem die Staatsregierung in der Pflicht. Die Pflegenden sind überall am Rande ihrer Belastungsgrenze, egal, wohin man im Freistaat sieht. Diejenigen, die noch nicht in Quarantäne sind, weil sie selbst infiziert sind, sind fix und fertig. Diesen können wir sicherlich keine zusätzlichen Aufgaben aufbürden. Das ist bei der ganzen Sache schlicht unmöglich. Es ist also logisch, dass wir als Freistaat Bayern endlich mobile Testteams vor Ort zur Durchführung und Dokumentation dieser Tests zur Verfügung stellen. Sämtliche Heimbetreiber und –betreiberinnen unterstützen diese Forderung.

– Sehr geehrter Herr Staatsminister, Gott sei Dank sind Sie heute selbst da. Ich möchte mir an dieser Stelle nicht nehmen lassen, auf die "quer"-Berichterstattung zurückkommen.

(Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gab Verwirrung, weil sich der Kollege Holetschek befördert fühlte.

Andreas Krahl (GRÜNE): – Was nicht ist, kann ja noch werden. Ich korrigiere: Der Staatssekretär Holetschek.

Ich komme zur "quer"-Berichterstattung zurück. Hier muss ich eines klipp und klar sagen: Sehr geehrter Herr Staatssekretär, tatkräftige Unterstützung ist für die Pflegenden viel mehr wert als ein von Herzen kommendes "Vergelts Gott".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle bekommen eine Flut von Zuschriften, die den dringenden Bedarf genau zeigen, im Ministerium eine Stelle einzurichten, die sich um die Widersprüche und Streitigkeiten des menschlichen Zusammenlebens, die bei den Besucherinnen und Besuchern in den Altenpflegeheimen auftauchen, kümmert. Schauen wir nach Nordrhein-Westfalen! Dort wurde diese Last den Einrichtungen und den Pflegenden genommen und ins dortige Ministerium verlagert. Eine solche Dialogstelle ist in Bayern längst überfällig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da wir von Schutz sprechen, erinnere ich an einen gestrigen Jahrestag. Viele mögen an die heute bereits angesprochene Verfassung denken.

(Zuruf)

– Ja, Sie haben recht. Gestern war auch Welt-AIDS-Tag.

Gestern haben wir aber auch noch einen anderen Jahrestag gefeiert: Seit gestern vor einem Jahr ist SARS-CoV-2 nun Gast bei uns in Bayern.

(Zuruf)

– Feiern ist verboten. Das ist richtig und vollkommen berechtigt.

Wir hatten ein Jahr Zeit, diese vollkommen berechtigten und abwegigen Dinge, die damals passiert sind, zu berichtigen. Damals gab es zum Beispiel nicht genug Schutzausrüstung und nicht ausreichend Material. Auch ein Jahr später schaffen wir es nicht, den Pflegenden, den Bewohnern und Bewohnerinnen, den Besuchern und Besucherinnen Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen. Damit gefährden wir nicht nur das Leben und die Gesundheit dieser Menschen; damit nehmen wir ihnen auch Selbstbestimmtheit, nicht nur, aber gerade an Weihnachten.

Seit Jahren verspricht uns die Staatsregierung die Vorstufe zum Paradies. Unser Freistaat Bayern soll barrierefrei werden. – Geschätzte Staatsregierung, liebe CSU-Frak-

tion, liebe FREIE-WÄHLER-Fraktion, Barrierefreiheit bedeutet aber auch eine selbstbestimmte Teilhabe am privaten und am gesellschaftlichen Leben.

Meine Damen und Herren, fehlende Teilhabe und das Gefühl, von der Gesellschaft ausgeschlossen oder von nahestehenden Menschen entfernt zu sein, macht krank. Die Lehre aus der ersten Welle sollte sein, dies in Zukunft nicht zuzulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wie es den Regierungsfractionen geht, und ich kann nur für mich selbst sprechen, aber für mich kommt Weihnachten jedes Jahr relativ überraschend und plötzlich. Am 23. Dezember muss dann noch ein Geschenk gekauft werden. – Liebe Staatsregierung, in dieser Sache darf Weihnachten nicht überraschend kommen! Das sind wir allen Menschen, die einsam und allein in einem Altenheim feiern müssen, schlicht und ergreifend schuldig.

Seit Monaten fordern wir GRÜNEN tragfähige Konzepte. – Herr Staatssekretär, im Mai hat die Staatsregierung genau das erkannt und von der Ministerin ein Expertengremium einsetzen lassen. Dieses besteht aus Pflegewissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen, aus Pflegepädagogen und -pädagoginnen, aus Heimbetreibern und -betreiberinnen und so weiter. Sie können handlungsfähige Konzepte erstellen. Auf meine im August gestellte Anfrage an die Staatsregierung kam die relativ schnelle und unkomplizierte Antwort: Es hat sich nichts getan.

Gestern wurde im Ausschuss genau dieses Thema behandelt. Dort hieß es, man müsse irgendwann im neuen Jahr einmal einen Bericht vorstellen, um zu sehen, was dabei herausgekommen ist. – So kann man weder Weihnachten für alle möglich machen noch einen ausreichenden Schutz vor Infektionen sicherstellen. Meine Damen und Herren, Selbstbestimmung und Teilhabe sind unveräußerliche Grundrechte und gelten für alle Menschen. Das muss uns klar sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, ich bitte Sie, die Menschen in den Pflegeeinrichtungen heute hier im Hohen Haus in den Blick zu nehmen. Lassen Sie uns das tun, was nötig ist, um genau diesen Menschen die so bitter nötige Pause vom Pandemie-Alltag in Form eines Weihnachtsfestes zu ermöglichen! Wir alle haben es heute in der Hand, dass es nach der stillen Nacht am 24. Dezember auch für die stillen und zittrigen Stimmen ein Fest der Liebe gibt. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich erteile als nächster Rednerin der Kollegin Barbara Becker für die CSU-Fraktion das Wort.

Barbara Becker (CSU): Verehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! – Lieber Kollege Krahl, vielleicht ist Weihnachten auch ein Gefühl, aber Weihnachten ist vor allem ein christliches Fest. Das sollte man nicht vergessen. Bei den restlichen Aussagen über Weihnachten stimmen wir sicher überein, auch darin, dass wir die Menschen im Blick haben. Da es auf Weihnachten zugeht, bin ich gewillt, ganz freundlich mit Ihrem Antrag zu sein. Ich gehe diesen einmal kurz durch:

Sie fordern in stationären Einrichtungen, in der Pflege und für Menschen mit Behinderung Antigen-Schnelltests. Eigentlich sind diese Einrichtungen selbst gehalten, sich mit Antigen-Schnelltests für die Testung zu versorgen. Die Refinanzierung erfolgt über den Bund und die Pflegeversicherung, die Belieferung über die Apotheken. Zusätzlich hat der Freistaat aber 10,5 Millionen Antigen-Schnelltests beschafft. Diese kommen schon unkompliziert und kostenlos in Tranchen an.

Ein Beispiel aus der Praxis: Unser Landkreis Kitzingen hat in der ersten Tranche 5.400 Schnelltests bekommen. Die hat er sofort an Pflegeheime und Einrichtungen der Behindertenhilfe verteilt. Das war die erste Lieferung; es kommen noch weitere. Das geht schnell und unkompliziert.

Sie fordern den Einsatz von mobilen Testteams in den Einrichtungen. Tatsächlich betreibt der Freistaat seit September insgesamt 16 mobile Teststrecken, die als Nothelfer dorthin entsendet werden, wo sie gebraucht werden. Das wissen auch Sie. Selbstverständlich gibt es dabei auch Einsätze in den Pflegeheimen, in den Einrichtungen der Behindertenhilfe und natürlich auch an Feiertagen und Wochenenden. Diese Einsätze sind unkompliziert, sicher und existieren bereits. Die Kosten trägt vollumfänglich der Freistaat Bayern. Zusätzlich ist der Einsatz dieser Teststrecken Anfang November noch einmal ausgeweitet worden, und die Testkapazitäten sind verdoppelt worden. Das schafft Sicherheit.

Sie fordern Schutzausrüstung und kostenlose FFP2-Masken. Grundsätzlich ist der Träger der Einrichtung als Arbeitgeber verpflichtet, für die Ausstattung seines Personals selbst zu sorgen. Zusätzlich gibt es hier aber von unterschiedlichen staatlichen Stellen ergänzende Maßnahmen. Der Bund hat zum Beispiel aktuell an Pflegeheime FFP2-Masken aus seinen Beständen geliefert.

Für Demenzkranke und manche Menschen mit Behinderungen ist das Tragen von Masken schwierig. Sie behalten die Masken nicht auf oder zerren sie sich herunter. Deshalb hat unsere Ministerin Melanie Huml gestern in der Kabinettspressekonferenz gesagt, dass auch die Besucherinnen und Besucher mit kostenlosen FFP2-Masken ausgestattet werden sollen. Aus der Praxis wird aber auch berichtet: Die Träger bitten die Besucherinnen und Besucher, für ihre Masken selbst zu sorgen. Das besorgte Material soll zunächst für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verwendet werden, je nachdem, wie es zur Verfügung steht.

Dass Sie ein Dialogzentrum im Gesundheitsministerium fordern, verstehe ich nicht. Abgesehen davon sind die Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen mit diesem Dialogzentrum, sagen wir einmal, mittel. Wenn wir noch einmal eine eigene Telefonhotline einrichten, ist das keine Entlastung, sondern ein verstecktes Misstrauensvotum gegen die Pflegekräfte und Träger. Was haben wir nicht schon alles an Stationen, an die sich die Menschen wenden können! Wir haben den Patienten- und Pflegebeauftragten

Prof. Dr. Bauer auf der Ebene der Staatsregierung. Mit Holger Kiesel steht uns der Behindertenbeauftragte der Staatsregierung zur Verfügung. Vor Ort gibt es Heimbeiräte und Bewohnerräte in den Einrichtungen der Behindertenhilfe. Die Besucherinnen und Besucher, die Angehörigen, sind total findig, wenn es darum geht nachzufragen. Sie rufen beim Oberbürgermeister, beim Heimbeirat, beim Träger, bei der Pflegedienstleitung oder bei anderen Angehörigen an. Wir brauchen nicht noch eine Stelle, die uns reinredet, wie unsere Besuchspraxis geregelt werden soll. Das sage nicht nur ich, das sagen auch die Pflegedienstleitungen vor Ort.

Unterstützen, ja. Rahmenbedingungen schaffen, ja. Wir brauchen aber auch die Eigenverantwortung vor Ort; denn jede Einrichtung ist ein bisschen anders. Ein Misstrauensvotum gegen die Pflegenden? – Nein. Da sind wir uns doch einig. Ich würde eher den MDK oder zumindest die Kontrollen des MDK abschaffen als noch eine Dialog-, Überwachungs- oder Kontrollstelle zu schaffen. Wir lehnen diesen Antrag ab, weil wir viel weiter sind, als der Antrag fordert.

Lassen Sie den Leuten vor Ort eine Chance, vor Ort alles gut zu organisieren, und zwar weit über Weihnachten hinaus. Der sichere und unkomplizierte Weihnachtsbesuch ist möglich. Ausnahmen müssen aber auch möglich sein; denn das Wort "Träger" kommt auch vom Wort "tragen", vom Tragen der Verantwortung für die Gesundheit der Bewohner. Auch jetzt noch werden Angehörige manchmal akzeptieren müssen, dass ein Besuch nicht möglich ist, zum Beispiel wenn in einem Heim oder einer Einrichtung eine Corona-Erkrankung vorliegt. Wir schaffen aber ein Erste-Hilfe-Paket der Menschlichkeit, damit an Weihnachten Familie und gerne auch ein christliches Gefühl und ein christliches Fest stattfinden können. Auch danach, an Silvester und an Heilig Drei König und an allen Tagen danach müssen Treffen möglich sein. Dafür sorgen wir.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Wir haben eine Intervention von Herrn Kollegen Krahl. Bitte, Herr Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Geschätzte Kollegin Becker, noch einmal zu der Dialogstelle, die Sie angesprochen haben. Uns eint die Auffassung, dass wir im Gesundheitssystem zu viel Kontrolle haben. Was uns nicht eint und wo Sie mich bewusst missverstanden haben, besteht darin, dass gerade jetzt in der Pandemiezeit eine verstärkte Beratungsaufgabe auf die professionell Pflegenden und die Einrichtungsbetreiber zukommt, weil diese nicht nur ihr tägliches To-do erklären müssen, sondern auch Besuchseinschränkungen, Hygienemaßnahmen etc.pp. Genau das wäre der Ansatz dieser Dialogstelle. Damit wollen wir diese Last von den Einrichtungen wegnehmen und auf das Ministerium oder von mir aus auch auf das LGL verlagern.

Barbara Becker (CSU): Ich verstehe den honorigen Ansatz, glaube aber nicht, dass das top down funktionieren wird. Wäre ich eine Angehörige, würde ich nicht bei einer Dialogstelle anrufen, wo mir jemand erklären will, warum ich wann nicht zu Besuch kommen kann, warum ich einen Negativtest mitbringen muss, warum ich nur zu einer bestimmten Zeit zu Besuch kommen kann oder warum ich eine Maske tragen soll. Ich würde mich an die Leute vor Ort wenden.

Der Ablauf ist doch so: Eine Einrichtung erstellt ein Hygienekonzept, auch für die Weihnachtszeit. Dieses Hygienekonzept stimmt die Einrichtung mit dem Gesundheitsamt vor Ort ab. Das sind die Leute, die man fragen muss. Wir schaffen also nur einen Umweg. Wir wollen aber keine Umwege. Wir wollen direkte Wege. Daher halte ich das für keine gute Idee. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordnete der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Abgeordnete. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrter Herr Kollege Krahl, keine Sorge, ich komme gleich auf den In-

halt Ihres Antrags zu sprechen. Aber wissen Sie, was mir wieder als Erstes bei dem Antrag der "GRÜNINNEN" aufgefallen ist?

– Oh, Entschuldigung, meine Maske. –

(Der Redner nimmt erst jetzt die Maske ab)

Als Erstes ist mir die übliche Wortgymnastik aufgefallen. Sie verschandeln, wie immer, ohne Sinn und Zweck die deutsche Sprache. Sie reduzieren damit auch die Lesbarkeit ihres Antrags.

(Zurufe)

Sie mühen sich sichtbar ab, durch sprachliche Dehnübungen, durch grammatikalische Verrenkungen und durch den Einsatz von vielen Sternchen genderkorrekt und gendergerecht zu schreiben. Damit versuchen Sie natürlich auch, von der schlechten Qualität Ihres Antrags abzulenken. Das gelingt Ihnen aber nicht. Wir haben ihn trotzdem durchgelesen und verstanden.

Herr Kollege Krahl, die Überschrift Ihres Antrags lässt, zumindest in Teilen, noch Gutes vermuten. Wir alle wollen sicher durch die Weihnachtstage. Wir alle wünschen uns schöne Weihnachtstage im Kreise unserer Familien. Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag ist, genauso wie alle anderen Parteien, die hier vertreten sind, natürlich dafür, die Einrichtungen für die Pflege und die Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen zu unterstützen. Wir alle sind uns einig: Wir wollen Risikogruppen schützen. Natürlich muss dafür auch die notwendige Schutzausrüstung bereitgestellt werden.

Aber, liebe Kollegen, damit enden unsere Gemeinsamkeiten auch schon; denn wir haben einen völlig anderen Ansatz. Wir wollen, dass die derzeitigen schwerwiegendsten Grundrechtseinschränkungen seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft beendet werden. Wir fordern, dass die Menschen in derartigen Einrichtungen ihr Recht auf Selbstbestimmung, ihr Recht auf Eigenverantwortung und ihr Recht

auf Teilhabe dauerhaft wiedererlangen. Selbst wenn dies manchen in diesem Hause nicht passt: Auch kranke Menschen, auch behinderte Menschen haben ein Recht, am allgemeinen täglichen Leben in unserer Gesellschaft teilzuhaben.

Sehr geehrte Kollegen, wir wollen den Menschen dauerhaft die Einsamkeit und die Angst nehmen, die Sie in die Herzen unserer Bürger gesetzt haben. Wir wollen ihnen die Lebensfreude wieder zurückgeben. Was ist mit der Staatsregierung? – Sie agiert planlos und weiß bis heute nicht, wer von unseren Senioren in den Heimen mit und wer an Corona verstorben ist; denn es handelt sich hier oft um hochbetagte Menschen, die an verschiedensten Vorerkrankungen gelitten haben. Das wurde uns in der Antwort auf eine Anfrage an die Staatsregierung bestätigt. Zudem werden auch keine Obduktionen durchgeführt, sodass wir diese Frage bis heute nicht abschließend klären können.

Liebe Kollegen, ganz sicher ist aber, dass Menschen an Einsamkeit alleine in den Heimen verstorben sind. Noch immer ist es nicht möglich, solche Menschen so zu besuchen, wie wir uns das wünschen. Die Einsamkeit dieser Menschen ist noch nicht beendet worden. Dieser unerträgliche und unmenschliche Zustand muss endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der AfD)

Was ist mit den "GRÜNINNEN"? – Sie verfolgen hier wieder einen autoritären Ansatz. An Ihrem Antrag ist interessant, dass er völlig einseitig ausschließlich auf Weihnachten ausgerichtet ist. Sie wollen den Menschen in den Heimen nur über die Feiertage hinweghelfen und ihnen nur über die Feiertage hinweg Besuche ermöglichen. Sie bieten keine langfristige Lösung an. Offensichtlich hat bei Ihnen jetzt zur Weihnachtszeit doch noch das Gewissen an die Tür geklopft, und Sie versuchen jetzt, zumindest für ein paar Tage Erleichterung für die Menschen in den Heimen zu schaffen. Das ist lobenswert, das ist ehrenwert – aber es ist auf keinen Fall ausreichend.

Wissen Sie, liebe GRÜNE: Wenn Sie gerne eine Maske tragen wollen, dann dürfen Sie das. Wir sind in einem freien Land. Aber verlangen Sie das doch bitte nicht ständig von anderen. Sie verbreiten hier Angst und Panik und übersehen vor allem eines: dass gerade Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung oft aus gesundheitlichen Gründen von der Pflicht zum Tragen einer Maske befreit sind. Sie können eben oft keine Maske tragen. Manche reißen sie sich herunter. Manche nehmen sie in den Mund und versuchen, sie zu essen.

(Zuruf)

Sie haben da meines Erachtens kein Verständnis für die Situationen von den hochpflegebedürftigen oder schwerbehinderten Menschen, die in unseren Heimen leben. Sie sprechen hier immer von Solidarität; aber Sie zeigen keine Solidarität gegenüber den Menschen mit Behinderung, die keine Maske tragen können und tragen dürfen.

(Beifall bei der AfD)

Auch Sie, liebe "GRÜNINNEN" – da muss ich Sie hier ganz klar erwähnen und ansprechen –, haben unseren Antrag im Ausschuss abgelehnt, in dem wir das Ende der Benachteiligung behinderter und kranker Menschen im Zuge der aktuellen und unverhältnismäßigen Corona-Maßnahmen gefordert haben. Dass Menschen in diesem Land bereits seit Monaten vom sozialen und kulturellen Leben vollständig ausgegrenzt werden, scheint Ihnen völlig egal zu sein. Ihre Anträge sind scheinheilig und unehrlich. Jetzt "heile Welt" für ein paar Tage an Weihnachten simulieren zu wollen, ist nicht ausreichend. Geben Sie den Menschen in unseren Heimen ihr Leben zurück! Diese Leute haben oft nicht die Chance, ein weiteres Weihnachten zu erleben. Wir müssen jetzt handeln und die Menschen jetzt zurück ins Leben integrieren.

Die Antigen-Schnelltests, die Sie fordern, sind oft ungenau und unzuverlässig, zumindest dann, wenn sie nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Deswegen ist für die Durchführung dieser Schnelltests ausgebildetes Personal nötig. Da stellt sich die Frage: Wo soll dieses Personal auf die Schnelle noch beschafft werden? Wir haben

einen Personalmangel in unseren Einrichtungen. Wir haben eine Arbeitsüberlastung in unseren Einrichtungen. All das jetzt noch vor Weihnachten auf die Schnelle realisieren zu wollen, nur, weil bei den GRÜNEN plötzlich das Gewissen anklopft, ist einfach nicht möglich.

Bei den von Ihnen geforderten FFP2-Masken kann man nur hoffen, dass sich die Probleme aus dem Frühjahr nicht wiederholen mit den minderwertigen Masken, die teilweise auf dem Markt waren. Außerdem muss drauf geachtet werden, dass diese Masken auch zertifiziert sind und dass sie keine Ausatemventile haben. Wenn man bei einer FFP2-Maske durch ein Ventil atmet, dann hat man genau den Effekt, der vermieden werden soll: Die Luft wird ganz klar in eine Richtung ausgestoßen. Außerdem müssen dann lange Atempausen eingehalten werden; die Masken müssen regelmäßig gewechselt werden. Die Atemmuskulatur wird durch dichtere Masken noch mehr beansprucht als durch weniger dichte Masken. Gerade bei pflegebedürftigen Personen – ich hatte es schon erwähnt – und Menschen mit einer Behinderung ist das Tragen von Masken oft keine Alternative, keine geeignete Lösung, sondern im Gegenteil aus gesundheitlichen Gründen abzulehnen.

Woher wollen Sie die notwendigen Mitarbeiter für die von Ihnen geforderten mobilen Testteams jetzt noch auf die Schnelle bis Weihnachten nehmen, während das Personal im Bereich der Pflege und in den Heimen bereits jetzt überlastet ist? Wie soll bitte in so kurzer Zeit noch eine Dialogstelle eingerichtet werden? Liebe Kollegen von den "GRÜNINNEN", die würden wir auch gar nicht brauchen, wenn wir für die Menschen in unseren Heimen endlich wieder einen geregelten Alltag ermöglichen würden. – Ihr Antrag kommt zeitlich viel zu spät, wenn Sie noch etwas für Weihnachten erledigen wollen, und er ist völlig realitätsfern und deshalb abzulehnen.

Nur noch eine Bemerkung zu den Schimpftiraden Ihrer Vorsitzenden letzte Woche gegen die "Querdenker": Das wird Sie noch sehr viele Stimmen kosten, weil Sie offensichtlich eines nicht gemerkt haben: dass sich unter diesen Querdenkern auch sehr viele Wähler befinden, die früher Sie gewählt haben. Man muss dazu noch eines

sagen: Egal, ob Ihnen die Meinung der Menschen, die auf die Straße gehen, passt oder nicht – Sie müssen ihnen zuhören, und Sie müssen sie ernst nehmen. Sie können das nicht mit einer solchen Arroganz abtun.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult! Danke, Herr Singer. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Singer, Sie gehören einer Fraktion an, die sich immer wieder mit Anträgen und Äußerungen gegen die Masken ausgesprochen hat. Sie sind hier deutlich affiner – das hat man zu Beginn Ihrer Rede gesehen –, was die Maskentragepflicht angeht. Unabhängig davon würde ich von Ihnen gerne wissen, wie Sie denn eine Zugangsbeschränkung bzw. einen Zugang zu den Heimen organisieren würden. Wie würden Sie das Personal gegebenenfalls testen? Wie würden Sie Besucher testen? Wie würden Sie es mit den Masken halten? Können Sie mir bitte mal in einer Minute sagen, wie Sie das aus Ihrer Sicht organisieren würden? Vor allem: Wenn Sie sagen, der Antrag der GRÜNEN kommt zu spät, sage ich: lieber zu spät als gar nicht. Aber bitte schildern Sie mir doch in einer Minute, wie Sie das organisieren würden.

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Spitzer, da muss ich erstmal widersprechen: Der Antrag kommt zu spät. Er hätte jetzt nicht eingereicht werden dürfen, sondern hätte entsprechend früher vorliegen müssen. Wir von der AfD-Fraktion setzen uns schon lange dafür ein, dass man gerade diese Risikogruppen schützen soll.

(Zuruf)

– Hören Sie doch zu, Herr Kollege. Ich habe nur kurz Zeit, hier zu sprechen. – Wir wollen die Risikogruppen schützen, zum Beispiel indem wir die Pflegeheime mit der entsprechenden Schutzausrüstung ausstatten, die hier in Deutschland von Anfang an

hinten und vorne gefehlt hat. Es geht zum Beispiel darum, dass wir das Pflegepersonal ausstatten können, auch mit guten Masken. Das sind ja oft junge Menschen, die in der Lage sind, mit der zusätzlichen Belastung durch die Masken gut umzugehen.

Aber ansonsten muss man mal die älteren Menschen fragen, was sie denn wollen: ob sie eingesperrt und isoliert sein wollen oder ob sie lieber hinausgehen und sich mit ihrer Verwandtschaft treffen wollen. Liebe Kollegen, es gibt auch ein Recht, ein Risiko einer Erkrankung auf sich zu nehmen. Ich wünsche jedem in Deutschland, dass er gesund bleibt. Aber es gibt auch ein Recht auf Leben und die damit verbundenen Risiken.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Frau Kollegin Susann Enders, FREIE WÄHLER-Fraktion.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Singer, da muss ich Sie gleich zitieren. Sie haben gesagt: Geben Sie den Menschen in den Heimen ihr Leben zurück. – Es wäre interessant zu wissen, wie Sie das machen wollen, weil Sie, wie ich glaube, mit dem Leugnen von Corona und der Weigerung, Masken zu tragen, das Gegenteil erreichen. – Das konnte ich mir jetzt nicht verkneifen.

Der Schutz der vulnerablen Gruppen hat Priorität. Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, das Urheberrecht dafür liegt nicht ausschließlich bei den GRÜNEN. Das Thema ist doch nicht neu. So schlau waren die Bayerische Staatsregierung und die Regierungsfaktionen schon, seitdem die Corona-Pandemie uns beschäftigt. Sie greifen in Ihrem Antrag aber absolut zu kurz, denn Sie sprechen ausschließlich von den Weihnachtstagen. Was machen wir in Ihrer Sicht vor Weihnachten oder nach Weihnachten?

Die Bayerische Staatsregierung setzt hier bereits um. Lassen Sie mich das kurz darstellen. Schon zu Beginn der Pandemie im Frühjahr hat sich Bayern um mobile Test-

teams gekümmert. Die können zu betroffenen Einrichtungen entsandt werden. Seit September betreibt der Freistaat insgesamt 16 mobile Teststrecken. Auch diese können flexibel eingesetzt werden. Das gilt auch für Pflegeheime, und zwar auch an den Feiertagen und an den Weihnachtsfeiertagen. Bayern hat diese Teststrecken zum 1. November nochmals ausgeweitet und verdoppelt. 16.000 Testungen sind täglich möglich.

Bei den Antigen-Schnelltests ist die Sachlage nach der nationalen Teststrategie so, dass die Einrichtungen gehalten sind, sich selbst mit Tests für die Testung des Personals, der Bewohner und der Besucher zu versorgen. Es gibt eine Refinanzierung. Diese erfolgt über die Pflegeversicherung. Die Belieferung erfolgt durch die Apotheken. Auch hier unterstützt der Freistaat zusätzlich mit 10,5 Millionen Antigen-Schnelltests, die ausgeliefert werden.

Was Schutzausrüstung und FFP2-Masken für Bewohner, Angehörige und Personal in Einrichtungen der Pflege und für Menschen mit Behinderung betrifft: Wir wissen, dass Träger dieser Einrichtungen verpflichtet sind, für die persönliche Schutzausrüstung des Personals zu sorgen. Darüber hinaus unterstützt der Freistaat natürlich. Auch der Bund hilft den Pflegeheimen mit FFP2-Masken aus Bundesbeständen. Hinsichtlich der Forderung eines Dialogzentrums im Gesundheitsministerium sollten wir doch einfach mal realistisch sein. Glauben Sie, dass Lieschen Müller das Gesundheitsministerium anruft, wenn sie fragen will, wie es den Nachbarn über Weihnachten im Pflege- oder Altenheim besuchen kann? – Das hört sich nett an, geht aber völlig an der Realität vorbei, und daher empfehle ich die Ablehnung dieses Antrags.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Enders, bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Der Kollege Singer hat eine Zwischenbemerkung.

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin Enders, jetzt muss ich doch auf Ihr billiges Framing am Anfang eingehen, in dem Sie natürlich versuchen, die AfD wieder

in eine Ecke zu stellen. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir eine Rechtsstaatspartei sind und uns daher auch an geltende Regeln halten. Aber wir stellen die Verhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen infrage. Das ist unser Recht, und wir haben dazu gute Gründe und Argumente, auf die wir keine Antworten bekommen. Wir stellen auch den Nutzen der einfachen Alltagsmasken infrage. Auch hier sehen wir kein Verhältnis von Nutzen zu Schaden, den diese Masken auch verursachen.

Jetzt kommt meine Frage: Frau Kollegin Enders, wann habe ich oder wann haben Kollegen meiner Partei hier Corona geleugnet? – Sagen Sie mir konkret, wann wir denn die Masken verweigern. Wir tragen sie als Rechtsstaatspartei, weil wir es müssen.

(Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Kollegin, bitte.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sind Sie fertig, oder kommt noch ein Brüller hinterher? – Das langt mir eigentlich schon.

(Beifall)

– Vielen Dank für den Applaus, aber er kostet mich Zeit, die ich jetzt noch dringend brauche. – Billiges Framing und sich in eine Ecke stellen: Dazu brauchen Sie mich nicht. Das schaffen Sie jeden Tag immer wieder aufs Neue ganz allein. Sie brauchen nicht dazwischenzurufen, das ist ein Fakt. Sie schaffen das. In dem Fall kann ich Ihnen gratulieren. Das machen Sie selber.

(Zuruf: Zur Sache!)

Ich komme zur Frage, wann Sie als AfD jemals Corona geleugnet oder die Masken verweigert haben. Ich habe noch 17 Sekunden, aber kein ganzer Abend würde langen, auch wenn Sie Ihre Ohren noch so weit spitzen.

(Zurufe)

Regelmäßig gibt es im Gesundheitsausschuss Ihre dämlichen Anträge zu den Masken. Vielen Dank, darauf brauche ich gar nicht mehr zu antworten. Das schaffen Sie selber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion. Bitte.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme zu dem Dringlichkeitsantrag zurück, über den wir jetzt hier eigentlich zu sprechen haben. Der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN greift eine ganze Reihe von Punkten auf, die wir auch als SPD schon mehrfach hier im Parlament eingebracht haben, zuletzt mit unserem großen Dringlichkeitsantrag am letzten Freitag.

Seit es um das Testkonzept und die Testerei in Bayern geht, haben wir immer wieder betont, dass bei der Priorisierung zuerst an das medizinische Personal zu denken ist, dann an die Risikogruppen, insbesondere Patienten und Bewohnerinnen und Bewohner in den Kliniken und Heimen, und dann eben auch an die Besuchsmöglichkeiten – in dieser Reihenfolge. Alle Anstrengungen müssen unternommen werden, um diese Besuchsmöglichkeiten aufrechtzuerhalten. Es darf einfach nicht wieder wie im Frühjahr sein, als Ältere und Kranke sowie Menschen mit Behinderung gleichsam weggesperrt waren. Das war nicht verhältnismäßig. Sie sind uns in ganz besonderer Weise anvertraut. Wir müssen uns um sie und auch um ihre Angehörigen kümmern.

Da reicht es nicht, seitens des Gesundheitsministeriums nur allgemeine Handlungsempfehlungen zu formulieren; denn die Träger der Kliniken und Heime sowie die Einrichtungsleitungen sind hier weitgehend auf sich alleine gestellt. Viele gehen da lieber auf Sicherheit. Sie wollen natürlich Infektionen vermeiden. Infektionen sind in erster Linie für die Bewohnerinnen und Bewohner gefährlich. Aber sie sind auch gefährlich für Träger und Leitungen, weil doch recht schnell auch die Staatsanwaltschaft auf der Matte steht, wenn es ein Ausbruchsgeschehen in einem Heim oder in einer Klinik gibt.

Dann wird nachgefragt: Wurden denn alle Maßnahmen eingehalten? Können Sie garantieren, dass hier alles mit rechten Dingen zugeht?

Das ist ein bisschen schwierig, wenn es keine klaren Vorgaben gibt, sondern nur ausgesprochen schwammige Handlungsempfehlungen. Deswegen brauchen die Häuser und Einrichtungen unsere Unterstützung, und zwar auch mit klaren Vorgaben und Regelungen. Da steht jetzt wirklich nur ein deutlicher Satz drin: Die Begleitung Sterbender ist zu gewährleisten. – Aber auch das ist im Grunde nicht so eindeutig, wie es klingt, weil man oft vorher nicht weiß, wann es ans Sterben geht und wann nicht. Auch das kann nicht immer eingehalten werden.

Ich will jetzt zwei Beispiele nennen, damit einfach noch einmal plastisch wird, worum es hier eigentlich geht und worüber wir heute Abend sprechen. Es gibt erschütternde Szenen, und es geht um verzweifelte Menschen. Ich hatte einen Anrufer aus München, der seine Ehefrau nicht besuchen durfte, die schwer an Krebs erkrankt ist und von der er nicht wusste, ob sie noch lebt. Er wusste auch nicht, wo er sie erreichen konnte, weil sie verlegt werden sollte, und sie selber war zu schwach, um sich zu melden.

Es betrifft auch andere Bereiche. In der geriatrischen Klinik in Sonthofen sind laut Webseite Besuche weiterhin möglich – ein bisschen eingeschränkt, nämlich nur in der Cafeteria. Die Cafeteria ist aber schon lange geschlossen, bzw. man darf sich dort nicht hinsetzen. Seit Anfang November gibt es dort ein striktes Besuchsverbot. Der Besuch eines Sohnes beim an Parkinson erkrankten Vater war auch mit negativem Corona-Test und Quarantäne nicht mehr möglich. Der Vater ist dann leider in der Klinik verstorben, ohne dass man ihn noch einmal sehen konnte, weil nicht damit gerechnet wurde, dass es so schnell geht. Das kann natürlich keiner vorher wissen.

Aber alles das zeigt uns auf, wie wichtig es ist, dass wir auch im Normalbetrieb, so weit es geht, diese Besuchsmöglichkeiten aufrechterhalten müssen. Das heißt, dass Unterstützung bei den Schnelltests nötig ist. Aber wir dürfen die Durchführung der

Tests speziell der Besucherinnen und Besucher nicht auch noch dem Pflegepersonal aufbürden, das einfach überfordert ist und dies nicht auch noch schafft. Das heißt, dass Kapazitäten in den regionalen Testzentren dafür vorzusehen und freizuräumen sind.

Diese Dialogstelle ist übrigens nicht dafür gedacht, dass jeder Besucher, der nicht weiß, ob er kommen darf oder nicht, dort anruft. Vielmehr geht es um Streitfälle, wenn ein Heimbetreiber oder eine Klinikleitung nicht weiß, was erlaubt ist und was mit den Handlungsempfehlungen noch zu vereinbaren ist und was nicht. Diese Sicherheit soll geschaffen werden. Da ist hier einiges missinterpretiert worden. Diese Dialogstelle würde helfen. Wie gesagt: Die Einrichtungen, die Klinikleiter und auch die Träger sind ganz allein weit auf hoher See.

Die Forderungen der GRÜNEN entsprechen unseren Vorschlägen. Sie sind deswegen gut und sollten auch unterstützt werden.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Waldmann. – Herr Dr. Spitzer, Sie sind dann der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! In den letzten 24 Stunden wurden 17.270 Neuansteckungen mit dem Coronavirus ans Robert-Koch-Institut gemeldet. Das sind rund 1.400 weniger als in der Vorwoche. Leider vermeldet das RKI mit 487 einen neuen Höchststand bei den Todeszahlen.

Der Schutz der vulnerablen Gruppen und Risikogruppen hat mich bereits zu Beginn der Pandemie beschäftigt. Die FDP-Fraktion hat deshalb bereits Anfang April in der ersten Welle ein sogenanntes Cocooning der vulnerablen Gruppen gefordert. Wir haben zum besseren Eigenschutz der von Coronavirus besonders Betroffenen den Bezug von FFP2-Masken gefordert. Wir haben über das Jahr hinweg stets auf eine

notwendige Priorisierung der bayerischen Teststrategie gepocht sowie gezieltes und regelmäßiges Testen in festgelegten Zeitabständen gefordert. Natürlich muss die Testung niederschwellig erfolgen und für die Einrichtungen mit so wenig eigenem Aufwand wie möglich verbunden sein. Wir hätten uns hier mehr Koordination und mehr mobile Teams gewünscht.

Denn eines ist sicher: Ohne gezieltes Testen lassen sich Infektionsgeschehen nicht durchbrechen. Mitarbeiter, Bewohner und Angehörige brauchen Sicherheit, Schutz und vor allem unsere Unterstützung. Wir befürworten deswegen auch einen breiten Einsatz von Antigen-Schnelltests. Die Staatsregierung muss hier ausreichende Verfügbarkeit gewährleisten.

Wir sind auch für die Ausgabe von FFP2-Masken. An dieser Stelle ist aber zu sagen: Es ist viel zu spät, es ist viel zu zögerlich, es ist einfach zu wenig, was passiert. Das Tragen von FFP2-Masken muss für Mitarbeiter und Angehörige trotz eines negativen Antigen-Schnelltests zur Selbstverständlichkeit werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten in der Pandemie Enormes. Sie versuchen, für die Bewohnerinnen und Bewohner und deren Angehörige und Freunde das Beste aus der aktuellen Situation zu machen. Ihnen gilt unser Dank.

Der Infektionsschutz muss aber genauso wie die psychischen und seelischen Bedürfnisse der älteren Menschen gewahrt werden. Isolation und Vereinsamung müssen vermieden werden. Am Montag saß eine weinende Angehörige vor mir, deren Mutter schwer krank ist. Der größte Wunsch der Pflegebedürftigen ist es, noch einmal ihren Enkel in den Arm nehmen zu können. Wir müssen alles Mögliche tun, um diese Wünsche zu erfüllen. Eine Dialogstelle kann hier einiges Positive bewirken und Angehörigen in ihrer Situation zur Seite stehen. Wir wünschen uns natürlich auch einen Austausch mit dem jeweils betroffenen Heim und Hilfestellung, um Konflikte auszuräumen.

Lassen Sie mich nun noch kurz erklären, warum es kein Widerspruch ist, eine Anpassung der bayerischen Teststrategie und die Einstellung des Jedermann-Tests, gleich-

zeitig aber Massentests in Corona-Hotspots zu fordern. Der PCR-Jedermann-Test bedarf eines Labors, entsprechenden Personals, entsprechender Ressourcen, entsprechender Reagenzien und entsprechenden Zubehörs. Dieses Zubehör, die Reagenzien, wie auch das Personal und die Labors sind endliche Ressourcen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Labors schieben eine Riesenzahl an Überstunden vor sich her. Sie kommen an Grenzen, es kommt zu Krankmeldungen und Ähnlichem. Letztendlich schließt das die Fortführung des bisherigen bayerischen Testkonzepts aus. Schauen wir auf die Schnelltests und also in diesem Zusammenhang auf die von uns geforderten Massenschnelltests: Wir brauchen keine Labors. Wir brauchen keine Reagenzien im herkömmlichen Sinn, weil diese Schnelltestkits alle notwendigen Reagenzien und Utensilien beinhalten, die man dazu braucht. Deshalb ist es weder ein Widerspruch noch macht es Sinn, in Hotspots keine Massentests durchzuführen.

Unabhängig davon unterstützen wir den Antrag der GRÜNEN sehr. Er ruft all die Themen auf, die wir schon lange eingefordert haben.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Staatssekretär Klaus Holetschek.

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Weihnachten, Senioren- und Pflegeeinrichtungen sind wichtige Themen. Ich telefoniere wirklich viel mit Einrichtungen, in denen es Ausbrüche gibt. Es ist mir wichtig, vor Ort den Kontakt zu halten, ein offenes Ohr für die Situation zu haben und zu hören, was die Menschen bewegt.

Ja, ich glaube, die Pandemie zeigt uns noch mal in einer Art Brennglas, wo wir in der Zukunft verschiedene Dinge deutlich nachbessern müssen und wo wir unbewältigte Herausforderungen haben. Ich glaube, beim Thema Pflegekräfte gibt es in vielerlei

Hinsicht Nachbesserungsbedarf, was Arbeitsbedingungen und finanzielle Ausstattung angeht. Ein Danke und Vergelts Gott sollte selbstverständlich sein, ist aber natürlich nicht ausreichend; es geht um viel mehr. Ein Vergelts Gott ist in Bayern aber trotzdem immer noch ein guter Satz, der aber natürlich nicht heißt, dass man deswegen nicht auch ein auskömmliches Einkommen braucht.

Ganz wichtig sind auch die Themen der Pflegereserve und welche Lehren wir nach der Krise aus der Pandemie ziehen. Wir sollten nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern uns wirklich überlegen, welche Lehren wir aus dieser Pandemie ziehen.

Wir haben relativ frühzeitig erkannt, dass Isolation nicht funktioniert. Wenn es wieder zu diesen hohen Zahlen von Ausbrüchen in den Senioren- und Pflegeheimen kommt, müssen wir aufpassen, dass die Menschen eben nicht abgeschottet werden. Die Psyche spielt bei den älteren Menschen eine unglaublich wichtige Rolle. Sie ist wahrscheinlich fast genauso wichtig wie die Krankheit, die dazukommen kann. Deshalb versuchen wir ja, genau hinzuschauen und den Einrichtungen die Möglichkeit zu geben, selbst mit diesem Thema umzugehen.

Markus Söder hat vor Kurzem mal gesagt, dass es wirklich eine ganz besondere Situation ist, wenn COVID-19 in ein Pflegeheim kommt. Wir merken das ja. Das ist fast wie ein Brandbeschleuniger, der durch das Heim geht. Die Ansteckungen betreffen die Pflegekräfte und die Bewohner. Es ist unglaublich schwierig, was dort dann entsteht. Wir müssen da deswegen genau hinschauen; wir haben eine hohe Verantwortung. Dieser Verantwortung ist die Staatsregierung aber schon nachgekommen.

Wir haben schon relativ früh mobile Testzentren eingerichtet. Die mobilen Testzentren sind bei den Regierungen angesiedelt und können in den Fällen, in denen es besonders starke Ausbrüche gibt – gerade in den Alten- und Pflegeheimen –, eingesetzt werden.

Wir haben über 10 Millionen Antigen-Schnelltests beschafft. Wir waren eines der wenigen Bundesländer – ich glaube sogar, das einzige Bundesland –, die von sich aus An-

tigen-Schnelltests beschafft haben. Denken wir an Passau, in dem die Inzidenzzahl jetzt besonders hoch ist. Dorthin sind 40.000 dieser Schnelltests geliefert worden, um gerade dort etwas zu tun.

Die Teststrategie des Bundes sieht übrigens vor, dass die Heime diese Tests selber beschaffen müssen, das danach aber refinanziert kriegen. Wir tun da mehr, weil wir glauben, dass es wichtig ist, gerade in diesen Einrichtungen etwas zu tun und genau hinzuschauen.

Wir haben am LGL eine Taskforce Infektiologie, die auch mit in der Beratung tätig ist. Der MDK ist jetzt wieder mit dabei und kann, weil die Begutachtungen ja zum Teil wieder ausgesetzt sind, in die Pflegeheime gehen. Es ist wichtig, dass wir dort auch Beratung anbieten und zur Verfügung stehen, weil es in solchen Situationen schon elementar ist, dass man jemanden hat, mit dem man ein Problem besprechen kann.

Ich denke, wir tun da viel. Wir können immer noch mehr tun. Ich bin auch froh darüber, dass wir dieses Thema in den Fokus rücken und wir uns heute nicht darüber unterhalten, ob es wert ist, auf die Menschen, die da sterben, zu schauen. Sie sind es wert. Wir müssen da hinschauen. Diese Menschen haben ein Recht darauf.

Sie haben übrigens unseren Staat mitaufgebaut. Sie sichern unseren Wohlstand durch das, was nach dem Krieg entstanden ist. Das ist die Generation, die jetzt möglicherweise in den Pflegeheimen ist. Wir haben da eine besondere Verantwortung, der wir uns auch weiterhin stellen werden. Wir werden genau hinschauen und uns der Situation der älteren Menschen in unserem Land besonders annehmen.

Das ist eine hoch emotionale Situation. Ich denke, das kennt jeder auch aus seinem eigenen Kreis. Meine Mutter ist inzwischen 88 Jahre alt, lebt aber Gott sei Dank noch alleine und selbstbestimmt für sich. Auch für sie wäre es aber unglaublich schwierig, wenn man sagt, man kommt nicht oder die Kinder und Enkel kommen nicht. Man muss diese Dinge ernst nehmen. Wir haben in der Politik auch eine Verantwortung, wenn es um das Gefühl geht, für die Menschen da zu sein und Lösungen zu entwi-

ckeln. Wir als Staatsregierung wollen das und tun das. Dafür setzen wir uns auch in Zukunft und gerne mit Ihnen ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte noch am Pult. – Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Andreas Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geschätzter Herr Staatssekretär Holetschek! Noch mal zu den mobilen Testteams: Lösungen sind ja immer dann richtig gut, wenn sie laufend verbessert werden. Sie haben breit ausgeführt, wann die mobilen Testteams der Staatsregierung zum Einsatz kommen: wenn es zu einem Infektionsausbruch gekommen ist.

Wir sind uns sicherlich darin einig, dass es das oberste Ziel sein muss, es in einer Einrichtung gar nicht zu einem Infektionsausbruch kommen zu lassen. Gerade darauf zielt ja dieser Antrag ab. Diese Teams sollen nicht erst dann, wenn es zu spät ist, zum Einsatz kommen, sondern schon präventiv vorab. Das muss das Ziel sein. Das passiert aktuell noch nicht.

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Diese mobilen Testcenter sind tatsächlich für Geschehen, bei denen man Reihentestungen durchführen muss und zum Beispiel schnell PCR-Tests braucht. Prävention ist natürlich ein ganz wichtiges Thema. Deswegen haben wir ja die Antigen-Schnelltests eingesetzt. Ich kann Ihnen aus den Gesprächen mit dem Präsidenten der Vereinigung der Pflegenden in Bayern, dem Herrn Sigl-Lehner, oder auch dem bpa oder auch anderen berichten. Die verwenden die auch. Ich will auch betonen, dass wir im Moment mit den Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz und anderen im Gespräch sind. Die können sich möglicherweise schulen lassen, damit sie anschließend Tests durchführen können. Das heißt, das Heim kann die erhöhten Aufwendungen geltend machen, und die Hilfsorganisationen haben auch noch eine Einnahme. Für mich wäre das eine clevere Lö-

sung; denn dadurch entlasten wir unsere Pflegekräfte. In den Gesprächen befinden wir uns schon seit Längerem. Ich hoffe, dass sie zielführend sind und wir uns da zusammenfinden. Das, was ich vom Roten Kreuz und von anderen höre, ist im Moment sehr positiv.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Dr. Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Holetschek. Sie haben genauso wie die Frau Staatsministerin gesagt, dass die doppelte Menge an Antigen-Schnelltests nach Passau geliefert wurde. Die Stadt zählt ungefähr 52.500 Einwohner. Wie viele Tests sind insgesamt dorthin geliefert worden? Das ist das eine. – Das andere ist: Wäre es nicht doch sinnvoll, gerade wenn es um den Schutz der Pflegeeinrichtungen geht, die Dunkelziffern einfach aufzudecken und dann großflächig in der Bevölkerung zu testen und über die Reihentests hinauszugehen?

Ich bitte Sie, sich in diesem Zusammenhang zumindest die Ergebnisse in Thüringen und in Vorarlberg sehr genau anzusehen und zu überlegen, ob das vielleicht doch ein Instrument für die Bayerische Staatsregierung ist.

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Lieber Herr Kollege Dr. Spitzer, wir haben, wenn ich es richtig weiß, 40.000 Antigen-Schnelltests nach Passau geliefert, die nicht dazu gedacht waren, ganz Passau einer Reihentestung zu unterziehen, sondern sie sollten gerade in Altenheimen und Pflegeeinrichtungen – auch in Passau sind vermehrt Fälle – eingesetzt werden.

Wir haben ja, wie Sie richtig schon bemerkt haben, auch wenn Sie nicht derselben Meinung sind, in Bayern die Jedermann-Test-Strategie. Das heißt, wir haben schon immer ein Angebot gehabt, das breiter war als in den anderen Ländern. Deswegen kann man es meines Erachtens auch nicht mit den Ländern wie Südtirol, die jetzt Massentestungen durchführen, vergleichen. Wir haben eine andere Einschätzung und ergänzen dieses Testsystem jetzt um Antigen-Schnelltests. Wir werden das auch künftig

tun, auch der Bund wird es tun. Ich bin überzeugt, dass wir diese Strategie auch immer weiterentwickeln müssen. Für mich ist das kein statischer Prozess, weil das Virus auch nicht statisch ist. Es entwickelt sich auch weiter. Wir müssen immer genau hinschauen, wie wir die Dinge aufeinander abstimmen. Das werden wir auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Eine Zwischenintervention haben wir noch. Herr Prof. Hahn, bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Holetschek, wir erinnern uns alle noch sehr genau an die ganzen Pannen, die auch gerade bei diesen mobilen Tests an den Autobahnen, an diesen Stationen gelaufen sind. Jetzt haben wir mittlerweile neun Monate Corona-Krise, und Sie scheinen jetzt erst entdeckt zu haben, dass die alten Leute uns doch besonders am Herzen liegen, dass wir sie besonders schützen müssen. Wäre es denn eigentlich nicht viel besser gewesen, wenn man von Anfang an genau diese Risikogruppen geschützt hätte? Wir haben hier über behinderte Menschen gesprochen. Man hat bisher in diesen neun Monaten eigentlich sehr wenig von der Staatsregierung, wie übrigens auch von den anderen Oppositionsparteien hier, zu den Behinderten und den besonders gefährdeten Gruppen gehört. Wie erklären Sie diese Verspätung in Ihrem Aktionismus?

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Prof. Hahn, wenn Sie als AfD von Pannen sprechen, ist es schon seltsam. Das will ich jetzt gar nicht groß werten.

Ich finde, dass wir schon immer ein großes Augenmerk auf genau diese Gruppen gehabt haben. Wir haben bereits in der ersten Welle genau hingeschaut und versucht, dieses Thema mit Konzepten zu bewältigen. Wenn Sie selber sagen, es sei jetzt wichtig, diese Personengruppe zu schützen, dann müssen Sie auch diesen Weg mitgehen. Dann müssen Sie das, was Sie vorher eigentlich abgelehnt haben, das Thema Imp-

fen, in den Fokus nehmen und sich dem Thema stellen; denn das ist eine wirksame Möglichkeit, genau diese Gruppen zu schützen und etwas zu tun, damit diese Menschen länger leben können. Das sollten Sie sich einmal überlegen, und ihre eigenen Pannen sollten Sie auch Revue passieren lassen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Holetschek. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/11692 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind GRÜNE, SPD und FDP. Wer ist dagegen? – FREIE WÄHLER, CSU, AfD. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk enthält sich. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/11693 bis 18/11699 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.